



Interviews

Tag der Industrie vom BDI – Herausforderung grüne Transformation

Maria Grunwald im Gespräch mit Siegfried Russwurm, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V. (BDI)

"Informationen am Morgen", 19.6.2023, 7:15 Uhr

Maria Grunwald: Deutschland will 2045 klimaneutral sein. Das funktioniert aber nur, wenn sich die Industrie rechtzeitig umstellt, Öl und Gas ersetzt, Industrieprozesse elektrifiziert, in neue Technologien investiert, wie auch in Erneuerbare Energien und Wasserstoff. Wir sprechen also von einer gewaltigen Transformationsaufgabe, für die die Industrie immer wieder auch nach Förderung durch den Staat ruft, wie auch nach besseren politischen Rahmenbedingungen. Darüber wird auch heute beim beginnenden Tag der Industrie in Berlin gesprochen, veranstaltet vom Bundesverband der Deutschen Industrie, BDI. Bis einschließlich morgen treffen sich ranghohe Vertreter aus Wirtschaft und Politik. Erwartet werden etwa Bundeskanzler Scholz oder Bundesfinanzminister Lindner und Bundeswirtschaftsminister Habeck. Zugeschaltet ist jetzt Siegfried Russwurm, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Schönen guten Morgen, Herr Russwurm.

Russwurm: Guten Morgen, Frau Grunwald.

Grunwald: Herr Russwurm, die deutsche Wirtschaft rutscht dieses Jahr in die Rezession, so die Konjunkturprognosen. Gleichzeitig sind die Probleme Inflation, Lieferengpässe, hohe Energiekosten, die sind ja nach wie vor da und on top muss die Industrie auf klimaneutral umstellen. „Volle Kraft auf Transformation“, so lautet das Motto des Tags der Industrie. Aber kann die deutsche Industrie sich überhaupt mit voller Kraft auf die Transformation stürzen, wenn da doch noch so viele andere Herausforderungen sind?

Russwurm: Also, in der Tat, um uns herum die Welt ist in Aufruhr. Deswegen ist es anstrengend und wir müssen aufpassen, dass wir uns nicht selber Handicaps legen. Also, die Industrie stellt um, bestreitet die Notwendigkeit zur Transformation nicht, investiert viel Geld, aber wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen, also wenn wir nicht genügend grüne Energie zur Verfügung haben, dann hilft natürlich die Umstellung des einzelnen Industriebetriebs gar nichts. Im Gegenteil, dann haben wir mit Zitronen gehandelt. Da ist noch viel, viel zu tun und wir müssen deutlich mehr an Geschwindigkeit gewinnen.

Grunwald: Priorisieren Sie: Was müsste denn vor allem passieren, damit Sie sich eben mit voller Kraft auf die Transformation der Industrie stürzen könnten? Gerade sagten Sie schon, mehr grüne Energie ist ein Schlüsselpunkt.

Russwurm: Ja, also, es sind im Wesentlichen zwei Faktoren. Das eine ist die schiere Verfügbarkeit von genügend grüner Energie, von genügend grünem Strom, von genügend Ba-

ckup auch für die Dunkelflaute von genügend Wasserstoff, dort, wo wir auf Wasserstofftechnologien umstellen. Und die zweite Dimension ist: Das muss zu Kosten passieren, sodass wir weiterhin in der Welt wettbewerbsfähig sind, sonst haben wir auch nichts gekonnt.

Grunwald: Bleiben wir doch mal, Sie sagten gerade, wir brauchen jede Menge an grüner Energie, wir wollen ja auch den Ausbau der Erneuerbaren Energien vorantreiben. Und Bundeskanzler Olaf Scholz, der machte bei der Eröffnung der Hannover-Messe im April diese Aussage:

„Freier und fairer Handel, resiliente Lieferketten, genügend Rohstoffe, das ist die eine Sache dessen, was wir brauchen, damit die große, industrielle Transformation hin zur Klimaneutralität gelingt. Der andere Teil ist, dass wir diese Transformation hier in Deutschland nun wirklich anpacken, dass wir vom Reden ins Doing kommen.“

Und Sie, Herr Russwurm, Sie haben mehrfach öffentlich kritisiert, dass die Politik eben nicht ins Doing kommt, vor allem bei der angekündigten Planungsbeschleunigung bei Infrastrukturprojekten, also zum Beispiel auch beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. Wo vermissen Sie das Deutschlandtempo am meisten?

Russwurm: Das fängt an bei den Planungs- und Genehmigungsprozessen, wo wir diese Beschleunigung nicht sehen und die ja auf zwei Seiten passieren müssen. Auf der einen Seite für die Infrastruktur, so, wie Sie es gesagt haben, für neue Leitungsnetze, sei es für Strom, sei es für Wasserstoff, für viel mehr Windturbinen, für neue Gaskraftwerke, die mit Wasserstoff laufen können und die uns in der Dunkelflaute durch den Tag bringen. Aber genauso sind ja auch viele Genehmigungen für die Industriebetriebe notwendig. Jedes Mal, wenn sie ihren Prozess umstellen, muss das neu genehmigt werden. Und wir sehen das Deutschlandtempo in den Planungs- und Genehmigungsverfahren wirklich noch nicht.

Grunwald: Und haben Sie da ein Beispiel? Welche Regel, welche überbordende Bürokratie wollen Sie loswerden?

Russwurm: Zum Beispiel stehen wir absolut dazu, dass jede Verwaltungsentscheidung rechtlich anfechtbar ist. Aber doch bitte nur einmal und nicht durch verschiedene Instanzen hinweg. Wir müssen zu einer ganz anderen Geschwindigkeit kommen. Der Kanzler selbst sagt, wir brauchen vier bis fünf Windturbinen pro Tag.

Grunwald: Pro Tag.

Russwurm: Pro Tag. Und im ersten Halbjahr dieses Jahres haben wir gerade mal eine geschaffen. Wir müssen diese Komponenten zu den Aufstellorten bringen und trotzdem ist jede Genehmigung für einen Schwerlasttransport der Windmühlenflügel eine Odyssee, die können wir uns so nicht leisten. Mit dieser Geschwindigkeit wird es nichts. Deutschlandgeschwindigkeit muss anders ausschauen.

Grunwald: Aber gerade haben ja auch Bund und Länder bei der letzten Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen, einen Pakt zur Beschleunigung eben anzugehen.

Russwurm: Ich höre das und ich höre es gerne, aber es muss ja Realität werden. Und nicht alles, was auf Papier geschrieben ist oder auf einer Folie draufsteht, ist dann Realität. Schauen Sie, die Bundesnetzagentur arbeitet an der Planung für ein Wasserstofffernnetz. Selbst, wenn wir diesen Plan irgendwann im Sommer haben, ich kenne ihn noch nicht, dann ist noch kein Meter Leitung gebaut. Das muss alles noch kommen und 2030 ist verdammt bald.

Grunwald: Kommen wir mal zurück. Zugang zu jeder Menge grünem Strom für die Industrie und Sie hatten vorhin auch gesagt, das muss auch zu einem günstigen Preis passieren, damit man wettbewerbsfähig bleibt. Bundeswirtschaftsminister Habeck hat ja bereits Pläne für einen vergünstigten Industriestrompreis auf den Tisch gelegt. Langfristig sollen vor allem energieintensive Unternehmen, also Stahl- oder Chemieindustrie, die billige Wind- und Solar-energie direkt bei den Erzeugern kaufen. Und solange aber hier die Kapazitäten noch nicht ausreichen, gibt es einen staatlich subventionierten Industriestrompreis von 6 Cent. Es wurde auch schon von 5 Cent gesprochen, je Kilowattstunde. Könnten Sie sich dabei bei Habeck nicht schon fast bedanken?

Russwurm: Nun, erst mal finde ich es gut, dass der Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister das Problem offensichtlich sieht, aber er spricht dann von einem Brückenstrompreis. Und bei Brücke fällt mir immer ein: Ich muss das andere Ufer kennen. Also, haben wir eine Chance, dass wir dieses Ziel erreichen, um die Subventionen, die es ja de facto sind, auch wieder abstellen zu können? Denn dauerhafte Subventionen können kein Weg sein für die deutsche Industrie. Und da habe ich große Zweifel, weil auch die wenigen Beispiele, die es schon gibt, wo Industrie direkt in Windparks investiert hat, dann tatsächlich zu einem Strompreis an der Einspeisestelle führen, 24 Stunden am Tag, egal, wie das Wetter wird, der deutlich über den 6 Cent liegt. Das heißt, meine große Sorge ist: Haben wir denn ein Ziel, auf das wir zusteuern können mit dieser Brücke, das bei diesen 6 Cent liegt? Mal unabhängig davon, ob die ausreichen oder nicht ausreichen.

Grunwald: Welche Brücke schlagen Sie denn vor?

Russwurm: Wir müssen mit dem Zielzustand anfangen. Und das ist dann nicht ein Wärme-konzept oder ein Verkehrskonzept. Wir brauchen ein durchgängiges Energiekonzept für dieses Land, müssen dann uns ehrlich machen und rechnen, was kostet das und wie wollen wir das bezahlen. Und wenn wir es dann auf Energiepreise umlegen, dann wird der Moment der Ehrlichkeit kommen. Und das steht noch aus. Viele Absichten, die wir absolut teilen und die wir gut finden, aber eine realistische Planung dafür und auch ein Strich drunter, was wird es dann kosten für uns als Gesellschaft in Summe und für jeden Einzelnen, das fehlt mir.

Grunwald: Ja, und die Finanzierung des Industriestrompreises, die ist ja auch de facto noch nicht geklärt. Habeck will das Ganze aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds bezahlen. Finanzminister Lindner winkt dagegen ab. Herr Russwurm, wer soll das Ganze finanzieren? Sie haben es ja gerade angesprochen.

Russwurm: Nun, bevor wir nicht wissen, über wie viel wir reden, auch, wie lange, ist das eine ganz schwierige Diskussion. Wenn wir es über Schulden finanzieren – und wahrscheinlich führt kein Weg daran vorbei...

Grunwald: ...oder höhere Steuern.

Russwurm: Na ja, das trifft ja auch wieder zum guten Teil die Unternehmen. Also, es gibt tatsächlich nur diese beiden Optionen. Steuern zu erhöhen, das hilft in der globalen Wettbewerbsfähigkeit gar nichts – ganz im Gegenteil. Das macht das Land immer weniger wettbewerbsfähig. Obwohl wir heute schon Steuerspitzenreiter sind. Unternehmen zahlen 28 Prozent Steuern. Der Durchschnitt in der EU sind 21. Also, wir sind ein Drittel höher mit unseren Steuern heute schon. Aber ich weiß natürlich auch, dass jede zusätzliche Schuldenaufnahme oder auch ein Sondervermögen, das ja auch nichts anderes als Schulden sind, letztendlich höhere Steuern für unsere Kinder und Enkel bedeuten.

Grunwald: Herr Russwurm, wer ist denn im Übrigen politisch gerade Ihr größter Verbündeter? Traditionell doch eher die FDP mit Lindner oder doch der grüne Bundeswirtschaftsminister, der sich Gedanken zum Industriestrompreis macht?

Russwurm: Also, ich bin stolz darauf, dass wir mit allen demokratischen Parteien dazu im Gespräch sind. Viele Politiker hören darauf, wollen verstehen, wie es denn der Industrie geht und wie die Mechanismen sind. Ob sie dann unsere Wünsche erfüllen können oder nicht, ist eine zweite Frage. Aber unser Petitum ist: Lasst euch sagen, wie die Realität in diesem Land ist, das ist ein Industrieland, ein Exportland und ein Innovationsland ist. Und das klappt im Gespräch gut, in der Handlungskonsequenz, na klar, da ist noch Luft nach oben.

Grunwald: Ich habe ja Ihre Forderung an die Politik durchaus klar herausgehört. Sie wollen da mehr Unterstützung, aber worin besteht denn auch der eigene Beitrag der Industrie, klimaneutral zu werden? Handelt die Industrie denn da so entschieden mutig und schnell beim Umbau, wie Sie es jetzt denn auch von der Politik fordern?

Russwurm: Ganz viele Industrieunternehmen gehen in Vorleistung, investieren Geld, beginnen die Umbaumaßnahmen, haben neue Anlagen in der Mache. Und die sind natürlich wirklich gekniffen, wenn sie am Ende einen Prozess auf Strom umstellen und dieser Strom aus Kohlekraftwerken kommt, weil wir nicht genügend grüne Energie darstellen können. Also, es passiert viel in der Industrie an allen Ecken und Enden. Das fängt von den Solarzellen auf dem Dach der Hallen an, die dafür sorgen, dass das Thema Heizen in Bürogebäuden wirklich kein echtes Thema ist. Das endet aber bei großen Milliardeninvestitionen, um Grundstoffindustrie CO₂-frei zu machen. Also, an uns soll es nicht liegen.

Grunwald: Sagen Sie als Industrievertreter. Eine aktuelle Frage sei auf jeden Fall noch erlaubt. Es beginnen ja die deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen und Sie sind jemand, der immer gesagt hat, eine wirtschaftliche Abhängigkeit von China, die reduziert man nicht mit weniger Geschäften mit China, sondern mit mehr Geschäften mit anderen Ländern. Heißt, Geschäfte mit China sind für Sie also in Ordnung? Für wie verlässlich stufen Sie China als Geschäftspartner ein?

Russwurm: Also, China ist – das sagen wir immer wieder – hat drei Dimensionen. Es ist, ja, Systemwettbewerber. Es ist wirtschaftlicher Wettbewerber und es ist Partner in manchen Grundsatzfragen wie dem Klimawandel. Diese drei Elemente müssen wir balancieren, muss die Politik und muss die Wirtschaft balancieren. Die Risiken zu reduzieren, ist richtig. Das ist ganz wesentlich auf der Beschaffungsseite. Wir sollten uns von keinem Land abhängig machen, auch nicht von China. Auf der anderen Seite, Geschäfte mit dem größten Markt der Welt zu machen, ist lange nicht ehrenrührig. Klar, gibt es rote Linien, gar keine Frage. Es gibt Dinge, die dürfen Unternehmen nicht tun.

Grunwald: Nämlich?

Russwurm: Nun, wir haben ein Verständnis von universellen Menschenrechten, die nicht jeder chinesische Politiker teilt. Aber da werden verantwortungsvolle Unternehmerinnen und Unternehmer keine Kompromisse machen. Und das muss jeder mit seinem Standort dann selber sehen, was da geht oder was nicht geht. Aber noch mal, ein generelles Decoupling vom größten Markt der Welt, das hilft niemandem.

Grunwald: Also, sind Sie da eher auf dem Kurs der Bundesregierung. Die Bundesregierung sieht ja keine Abkopplung von China vor, sondern eine Risikominimierung. Danke an dieser Stelle an Siegfried Russwurm, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Danke für Ihre Zeit heute Morgen.

Russwurm: Sehr gerne.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.